

Informationen gemäß Artikel 13 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) zur Videoüberwachung der Linienbusse des Verkehrsbetriebes der Stadt Bingen am Rhein

Ihre Sicherheit ist uns wichtig. Aus diesem Grund nehmen wir in unseren Bussen eine Videoüberwachung vor.

Mit den nachfolgenden Datenschutzinformationen möchten wir Sie über die Verarbeitung personenbezogener Daten in Folge der Videoaufzeichnung aufklären und Sie auf Ihre Rechte diesbezüglich hinweisen.

Die überwachten Bereiche sind jeweils durch ein Hinweisschild am Eingangsbereich gekennzeichnet. Ergänzende Informationen erhalten Sie beim Fahrpersonal. Das Hinweisschild informiert Sie über:

- Name des Verantwortlichen sowie Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten
- Rechtsgrundlage und Zwecke der Videoüberwachung
- die Speicherdauer der Videoaufnahmen
- die Standorte der Kameras
- Hinweis auf Zugang zu den weiteren Pflichtinformationen gemäß Art. 13 Abs. 1 und 2 DSGVO

Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich?

Stadtwerke Bingen
Verkehrsbetrieb
Saarlandstraße 364
55411 Bingen am Rhein

Ansprechperson:
Herr Bernd Schmitt
06721 9707-17
bernd.schmitt@bingen.de

Wer ist Datenschutzbeauftragter?

Stadtverwaltung Bingen am Rhein
Frau Serina Tonollo
Burg Klopp
55411 Bingen am Rhein

Kontakt Daten:
06721 184-623
datenschutz@bingen.de

Für welche Zwecke und auf welcher Rechtsgrundlage werden die Daten verarbeitet?

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten basiert auf Art. 6 Abs. 1 lit. e DSGVO i.V.m. § 21 LDSG.

Die Videoüberwachung dient folgenden Zwecken:

- Schutz von Leben, Gesundheit oder Freiheit der dort aufhältigen Personen
- die effektive Wahrnehmung des Hausrechts zur Unterbindung von Repression und Fehlverhalten in den Fahrzeugen des ÖPNV
- die Abschreckung und die Prävention von Straftaten
- Schutz der Fahrzeuge vor Beschädigung, Vandalismus und mutwilligen Verschmutzungen
- die Sicherung von Beweismaterial im objektiv wahrscheinlichen Fall potenzieller Straftaten
- die Sicherung und Entlastung von Angestellten im Falle potenzieller Straftaten
- Nachverfolgung von Tätern durch Polizei, Staatsanwaltschaft oder Gerichte

Welche Daten / Datenkategorien sind betroffen?

Bei den Daten handelt es sich um Bildaufzeichnungen der betroffenen Personengruppen (Fahrgäste).

Wer bekommt Ihre Daten?

Aufzeichnungen werden nur auf Aufforderung von Polizei, Staatsanwaltschaft, gerichtlicher Anordnung sowie erst nach genauer Prüfung der gesetzlichen Befugnisse herausgegeben.

Eine Auswertung durch den Verkehrsbetrieb erfolgt nur, soweit sie mit dem oben genannten Zweck der Videoüberwachung zusammenhängt.

Übermittlung an Drittland

Es findet keine Datenübermittlung in ein Drittland oder an eine internationale Organisation statt.

Wie lange werden Ihre Daten gespeichert?

Die Aufzeichnungen werden nach 48 Betriebsstunden automatisch überschrieben. Separat gespeichertes Videomaterial zwecks Beweissicherung bei der Strafverfolgung wird umgehend nach Abschluss des anhängigen Strafverfahrens gelöscht.

Welche Rechte haben Sie als betroffene Person?

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung insbesondere folgende Rechte:

- **Recht auf Auskunft** über die zu ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten und deren Verarbeitung (Artikel 15 DS-GVO).
- **Recht auf Berichtigung**, soweit sie betreffende Daten unrichtig oder unvollständig sind (Artikel 16 DS-GVO).
- **Recht auf Löschung** der zu ihrer Person gespeicherten Daten, soweit eine der Voraussetzungen nach Artikel 17 DS-GVO zutrifft. Artikel 17 Absatz 3 DS-GVO enthält Ausnahmen vom Recht auf Löschung zur Ausübung der Meinungs- und Informationsfreiheit, zur Erfüllung rechtlicher Speicherpflichten, aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit, für öffentliche Archivzwecke, wissenschaftliche, historische und statistische Zwecke sowie zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen.
- **Recht auf Einschränkung** der Verarbeitung, insbesondere
 - soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird, für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit,
 - wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt,
 - wenn die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt werden und deshalb nicht gelöscht werden können, oder
 - wenn bei einem Widerspruch nach Artikel 21 Absatz 1 DS-GVO noch nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.

- **Recht auf Widerspruch** nach Artikel 21 DS-GVO gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht, das die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegt, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dient.

Wo können Sie sich beschweren?

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der zuständigen Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden. Die für uns zuständige Datenschutzaufsichtsbehörde ist:

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz
und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz
Hintere Bleiche 34
55116 Mainz

Kontakt Daten:

Telefon: 06131-208-2449

Telefax: 06131-208-2497

Website: www.datenschutz.rlp.de

E-Mail: poststelle@datenschutz.rlp.de